

**Niederschrift**

über die 6. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 17.02.2015, von 18:00 Uhr bis 20:20 Uhr

**Ort:** im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

---

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r**

Herr Mario Schumacher

**Mitglieder**

Herr Thomas Feustel

Herr Bernhard Hieber

Herr Hermann-Gerhard Ortlepp

Herr Bodo Zeymer

Herr Ostheer i.V. für Herrn Kapischka

**Abwesend:**

**Mitglieder**

Herr Josef Franz

Herr Steffen Kapischka

**sachkundige Einwohner**

Herr Hagen Bergmann

Herr Dieter Lubitz

Frau Katja Schmidt

**Tagesordnung:**

**I. Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 20.01.2015
4. Aufhebung der Rechnungsprüfungsordnung vom 01.01.2011 und Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zum 06.03.2015. - Vorlage: 056-(VI.)/2015
5. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr, Zirkusveranstaltungen, sonstige Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen in der Stadt Haldensleben  
Vorlage: 059-(VI.)/2015
6. Mitteilungen
7. Anfragen und Anregungen

**II. Nichtöffentlicher Teil**

8. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 20.01.2015
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

**I. Öffentlicher Teil**

**zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 6 Mitglieder des Ausschusses anwesend. Der Aus-

schluss ist somit beschlussfähig. Von den sachkundigen Einwohnern war keiner anwesend. Stadtrat Rüdiger Ostheer nimmt i.V. für Stadtrat Steffen Kapischka teil.

**zu TOP 2      Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit werden die Tagesordnungspunkte entsprechend der Einladung abgehandelt.

**zu TOP 3      Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 20.01.2015**

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 20.01.2015 bestehen keine Einwände.

**zu TOP 4      Aufhebung der Rechnungsprüfungsordnung vom 01.01.2011 und Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zum 06.03.2015. - Vorlage: 056-(VI.)/2015**

Amtsleiterin Engel führt aus, dass die Aufgaben und die Stellung des Rechnungsprüfungsamtes schon immer vom Gesetzgeber (bisher Gemeindeordnung) vorgegeben waren. Durch den Erlass des KVG LSA vom 17. Juni 2014 macht sich eine Anpassung der Rechnungsprüfungsordnung an die gesetzlichen Regelungen erforderlich. Da es einen redaktionellen Fehler in der Rechnungsprüfungsordnung gibt, bittet sie die Ausschussmitglieder, diesen zu ändern und zwar müsse es im § 3 Abs. 5 heißen: gemäß § 140 Abs. 2 und nicht § 138.

*Nach Beantwortung der Anfragen der Ausschussmitglieder empfehlen die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses **mehrheitlich** dem Stadtrat, der Vorlage: 056-(VI.)/2015 - Aufhebung der Rechnungsprüfungsordnung vom 01.01.2011 und Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zum 06.03.2015 – zuzustimmen.*

**zu TOP 5      2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr, Zirkusveranstaltungen, sonstige Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen in der Stadt Haldensleben - Vorlage: 059-(VI.)/2015**

Dezernent Otto begründet, warum die Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr, Zirkusveranstaltungen, sonstige Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen in der Stadt Haldensleben geändert werden solle. Zum einen erfordert die gegenwärtige Haushaltssituation und –prognose für die nächsten Jahre Maßnahmen, um die gesamte Einnahmesituation der Stadt Haldensleben zu verbessern. Zuletzt wurde im Jahr 2005 eine Anpassung der Satzung vorgenommen, während die Kosten stetig stiegen. Des Weiteren müsse aufgrund eines Hinweises des Finanzamtes auch eine ausdrückliche Regelung im Hinblick auf die Umsatzsteuer erfolgen.

Ausschussvorsitzende Mario Schumacher schlägt vor, die Satzungsänderung Punkt für Punkt durchzugehen.

Während der Diskussion regt Stadtrat Rüdiger Ostheer an, dass die Verwaltung zum nächsten Mal aufbereitet, wie sich die Einnahmesituation der Stadt durch die Satzungsänderung insbesondere in Bezug auf das Altstadtfest verbessern würde.

Dezernent Otto teilt mit, dass es dazu im Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss eine Übersicht geben werde; unterstellt, dass diese Beschlussvorlage am 05. März so beschlossen werde.

Stadtrat Bodo Zeymer bittet ebenfalls einmal grob aufzulisten, woraus sich die 40.000 Euro, die die Stadt jedes Jahr für den Sternenmarkt bereitstellt, zusammensetzen.

Des Weiteren stellen die Ausschussmitglieder während der Diskussion folgende Anträge:

1. Antrag von Stadtrat Bodo Zeymer - im Vorwort die Worte „**sonstige Veranstaltungen**“ zu streichen  
*Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung*

2. Anträge zum Punkt 2 Standgebühren Altstadtfest

- zum Punkt 2.1. Ausschankstände Bier (auch Vereine) – hier sollen **830 Euro, 1.000 Euro und 1.200 Euro** alternativ nächste Woche im Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss zur Disposition gestellt werden.

- zum Punkt 2.6. Innenstadthändler, die vor ihrem Geschäft eine Aktion, Werbung, Kinderspiel anbieten – hier soll folgende Formulierung ergänzt werden „**soweit die Fläche anderweitig vermietet werden könnten**“

3. Anträge zum Punkt 3 Standgebühren Sternenmarkt

- zum Punkt 3.1. Ausschankstände – hier soll der Betrag anstatt 250 Euro **300 Euro** betragen

- zum Punkt 3.2. Imbiss – hier soll der Betrag anstatt 200 Euro **250 Euro** betragen

- zum Punkt 3.3. Schausteller – hier soll es heißen: **100 bis 250 Euro**

- zum Punkt 3.6. Handwerk – hier soll es nicht „frei“ lauten, sondern **10 Euro je Tag**

*Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen **mehrheitlich** dem Stadtrat, der Beschlussvorlage SR 059-(VI.)/2015 - 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr, Zirkusveranstaltungen, sonstige Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen in der Stadt Haldensleben mit den vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.*

**zu TOP 6      Mitteilungen**

Der **TOP 6** entfällt; es liegen keine Mitteilungen vor.

**zu TOP 7      Anfragen und Anregungen**

7.1. Auf Nachfrage von Stadtrat Thomas Feustel zur Breitbandversorgung im Stadtgebiet und in den Ortsteilen gibt Dezernent Otto zur Antwort, dass es in weiten Teilen der Stadt eine Unterversorgung gibt. Diese Situation sei unbefriedigend, aber Haldensleben sei kein Einzelfall. Das habe die Bundesregierung zu dieser Initiative veranlasst, etwas zu tun; die Frage sei nur - wie. Aus seiner Sicht gehe es nicht so recht voran, da es zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und dem Wirtschaftsministerium unterschiedliche Auffassungen gibt. Es gab in der vorletzten Woche eine Präsentation der Untersuchungen, die der Landkreis in Auftrag gegeben hatte. Auf dieser Grundlage sind die Gebietskörperschaften im Landkreis Börde gemeinsam mit dem Landkreis dabei, weiter vorzugehen und sich zu positionieren. Seines Erachtens werde man in den nächsten Monaten wissen, auf welchem Wege man am Ende voranschreiten will, um die Problematik zu lösen. Die Angelegenheit sei sehr kostenintensiv und man müsse einige Hürden zunächst einmal bei den Untersuchungen nehmen, um am Ende auch die Maßnahmen finanzieren zu können. Herr Zimmermann, der die Breitbandversorgung maßgeblich begleitet, werde zu gegebener Zeit im Wirtschafts- und Finanzausschuss oder im Hauptausschuss berichten.

7.2. Für Stadtrat Hermann Ortlepp sei es nicht nachvollziehbar, dass der Hauptausschuss sich gegen die Empfehlung des Schul-, Sozial-, Kultur und Sportausschusses, der empfohlen hatte, beim Altstadtfest keine Lotterie durchzuführen, sondern wieder Eintritt zu erheben, ausgesprochen hat. Aus welchem Grund hat der Hauptausschuss diese Entscheidung getroffen?

Dezernent Otto führt aus, dass der Schul-, Sozial-, Kultur und Sportausschuss nach ausführlicher Abwägung des Für und Wider eine Empfehlung ausgesprochen hatte, die davon lebte, dass die Fraktionen die Verantwortung für den Einlass übernehmen sollten. Es ist dann im Vorfeld und in der Sitzung des

Hauptausschusses selber aus den Fraktionen heraus die Frage gestellt worden, können wir und wollen wir das leisten. Deshalb habe es die Verwaltung für richtig befunden, die Rahmenbedingungen für das Altstadtfest, wie es sich aus der Empfehlung des Schul-, Sozial-, Kultur und Sportausschusses ergeben hätte, im Hauptausschuss noch einmal zur Disposition zu stellen. Der Hauptausschuss hat sich dann anders entschieden und das sei grundsätzlich immer auch möglich. Die Fraktionen waren im Hauptausschuss mehrheitlich der Meinung, dass sie die Kassierung nicht absichern können. Aufgrund des Antrages der Bürgerfraktion werde sich der Stadtrat nunmehr auch noch einmal dazu positionieren, wobei sich alle darüber im Klaren sein müssen, dass aufgrund des Zeitablaufes schnellstens eine Entscheidung getroffen werden müsse.

- 7.3. Für Stadtrat Bodo Zeymer sei es unverständlich, dass er Fragen in Ausschusssitzungen nicht beantwortet bekommt und anschließend darüber in der Presse berichtet wird (Beispiel Sporthalle Zollstraße, ehemaliges Rolandkaufhaus). Er würde anregen wollen, den Stadträten parallel z.B. per E-Mail die Presseberichte zuzustellen, um nicht erst über die Presse informiert zu werden.

Die Stadträte werden in der Regel früher informiert als die Öffentlichkeit, so Dezernent Otto. Die Information in der Presse zum ehemaligen Rolandkaufhaus ging kaum über das hinaus, was er dazu im Bauausschuss vor ca. 3 Monaten berichtet habe. Zudem seien die Informationen nicht von der Stadtverwaltung herausgegeben worden. Stadtrat Bodo Zeymer müsste die Presse befragen, woher sie die Informationen hat und der Presse ist es sicherlich auch nicht verboten, sich kundig zu machen.

Was die Sporthalle Zollstraße anbelangt, sind nach seinen Informationen die Vereine noch vor dem Jahreswechsel bzw. im Januar schriftlich informiert worden, dass die Sporthalle Zollstraße frühestens nach der Sommerpause möglicherweise sogar erst später wieder genutzt werden kann. Zudem habe die Verwaltung sowohl im Bauausschuss als auch im Sozialausschuss darüber informiert, also deutlich bevor es in der Zeitung stand.

Da nach Auffassung von Stadtrat Bodo Zeymer sein Verein bis heute keine schriftliche Mitteilung vorliegen habe, werde Dezernent Otto bei Herrn Dreyer nachfragen, wann die Vereine informiert wurden.

- 7.4. Stadtrat Bodo Zeymer kommt auf das Schreiben der Verwaltung hinsichtlich des Ratsinformationssystems zu sprechen. Er fragt sich, ob der Stadtrat das so beschlossen habe, wie es in dem Schreiben formuliert wurde (Stadträte sollen Geräte wieder abgeben, nur bestimmte Informationen erhalten, nur wenn 90 % der Stadträte dafür sind, wird Mandatos eingeführt).

Wie der Beschluss im Einzelnen gefasst wurde, vermag Dezernent Otto ad hoc nicht zu sagen. Er habe durchaus in Erinnerung, dass die Diskussion maßgeblich auch von dem Gedanken getragen war, dass zu Beginn für Mandatos nicht unerhebliche Investition getätigt werden müssten, aber nachfolgend es dann eine erhebliche Erleichterung sei. Es soll aber nicht so sein, dass einige Stadträte mit dem Laptop arbeiten und andere weiterhin die Unterlagen in Papierform erhalten. Das sei für das Büro Stadtrat kaum zu händeln und ein Mehraufwand, der sich seines Erachtens angesichts der Haushaltslage verbiete.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher merkt an, dass der Ortschaftsrat Satuelle sich dafür entschieden hat, die Protokolle per E-Mail zugesandt zu bekommen und das funktioniere sehr gut.

Mario Schumacher  
Ausschussvorsitzender

Protokollantin: